Freitag, 18. November 1921 · 69. Jahrgang Nr. 531

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzelnummer 30 Pf.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt Ulk

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Feiertags und Montags einmal. Abonnementspreis in Groß-Berlin und Vororten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt M 2.10 wöchentlich, M. 9.— monatlich im voraus zahlbar; bei Postbezug: monatlich M. 10.— und vierteljährlich M. 35.— einschließlich Zustellung. Insertionspreis die Zeile M. 4.—; Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 3.— die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort M. 1.—, das fettgedruckte Wort M. 1.—. Abonnements und Anzeigen nehmen auch die nachstehend aufgeführten Filialen entgegen. Redaktion und Haupt-Expedition SW., Jerusalemer Straße 46—49. Fernsprecher Zentrum Nr. 1013—10144; für den Fernverkehr Nr. 1426/7—14906. Telegramm-Adresse: „Volks", Berlin. Filialen: Mertinstraße, Köpenicker Str. 67—68, Wiener Straße 1—6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 135, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstrasse 8, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Rheinsberger Str. 79, Kantstr. 1, Müllerstr. 13b, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Strasse 45, Hannover Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 108, Zimmerstr. 50, Dircksenstr. 40, Fidicinstr. 9, Charlottenburg: Tauentzienstr. 8, Kantstr. 56, Scharnhorstr. 20, Nürnb. Str. 20-26, Kaiserdamm 20, Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hertzstr. 1, Lichtenberg: Frankfurter Allee 351; Lichterfelde-West: Curtiusstr. 1-3, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 95-96, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bernholmer Str. 1, Schulstr. 28; Schmargendorf: Breitestr. 5, Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 3; Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Strasse 147, Treptow: Krillstr. 7; Weissensee: Streustr. 138, Wilmersdorf: Uhlandstr. 16, Kaiserplatz 15; Brandenburg: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 44; Niederschöneweide: Brückenstr. 53; Potsdam: Brandenburger Strasse 33, Spandau: Breite Strasse 47, Stettin: Parkplatz 6.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Eisenbahner und Ministerium einig.

Die Verhandlungen Groeners mit den Großorganisationen.

Berlin, 17. November. (W. T. B.)

Ueber die Forderung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Reichseisenbahnen in privatwirtschaftliche Formen zu bringen, haben in den letzten Tagen Besprechungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Großorganisationen des Eisenbahnpersonals stattgefunden, die zu einer vollen Einigung führten. Besonders bedeutsam ist das unbedingte Festhalten des Personals am Reichsbesitz der Eisenbahnen und die baldige Inangriffnahme einer Neuorganisation durch gemeinsame Beratungen der Verwaltung und des Personals. Im einzelnen lauten die Vereinbarungen:

1. Die Vertreter der Großorganisationen erklären, an dem seitherigen Verhältnis des direkten Betriebes der Eisenbahnen durch das Reich unter allen Umständen festzuhalten;

2. Die Rechte des auf dem öffentlich-rechtlichen Dienstvertrag beruhenden Berufsbeamtentums, zu deren Wahrung die Reichsregierung verfassungsmäßig verpflichtet ist, gelten den Großorganisationen als unverletzlich;

3. Die Großorganisationen erklären sich bereit, an der Neuordnung der Verwaltung und des Betriebes zur raschen und dauernden Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahnen unter Voranstellung der Interessen der Allgemeinheit mitzuwirken;

4. Die Neuorganisation der Eisenbahnverwaltung wird beraten und zur geschäftsmäßigen Entscheidung durch den Minister spruchreif gemacht in einem zu gleichen Teilen aus Vertretern der Verwaltung und Vertretern der Eisenbahner-Großorganisationen zu bildenden Ausschuß; der Ausschuß erhält die Berechtigung, Sachverständige nach eigenem Ermessen zu dieser Arbeit heranzuziehen;

5. Die Beratungen über die am 16. November von den Großorganisationen mündlich vorgetragenen Gegenstände werden mit dem Zehner-Ausschuß mit aller Beschleunigung weitergeführt.

*

Die „Tägliche Rundschau" beschäftigt sich mit den Forderungen der Industrie und dem Gegenschlag der freien Gewerkschaften; dabei wird auf die Sonntagssitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei und die in dieser Körperschaft zum Ausdruck gekommene Stimmung gegen die Industriemagnaten Bezug genommen. Im Reichsausschuß wurde gesagt, daß man über die Richtlinien der Industriellen erst verhandeln könne, „wenn diese einer Umformung unterzogen sein würden." Das deutschnationale Blatt sagt dazu:

„Zu einer solchen Umformung dürfte es wohl auch kommen, wenn die Besprechungen des Reichsverbandes mit den Organisationen der Landwirtschaft und des Handels, die bereits aufgenommen sind, zu einem positiven Ergebnis kommen würden. Die Industriellen legen großen Wert darauf, daß auch die Vertreter der Arbeitnehmergruppen diskutable Gegenvorschläge vorlegen. Das ist bisher leider nicht geschehen, denn die sinnlosen Forderungen der freien Gewerkschaften sind lediglich von radikalem politischen Eigensinn diktiert und bieten nach Ansicht der maßgebenden Kreise nicht die geringste Verhandlungsmöglichkeit. Ehe die Reichsregierung offiziell zu dem Schritte der Industrie Stellung nimmt, will sie noch abwarten, ob die geplante Modifizierung des Kreditprogramms den Weg tatsächlicher Verhandlungen mit den zuständigen Arbeitnehmerorganisationen eröffnet. Die Arbeitnehmer müßten sich freilich entschließen, von rein parteipolitischer Stellungnahme abzusehen."

Die Bereitwilligkeit der Industriellen, ihre unglaublichen Bedingungen umzuformen, ist zweifellos auf den einmütigen Protest der sozialrepublikanischen Oeffentlichkeit zurückzuführen. Es ist klar, daß man die Herren um Stinnes auch weiterhin mit schärfstem kritischen Auge verfolgen muß.

Hughes Ansicht über den Osten.

Eine Rede ohne Ueberraschungen.

Washington, 17. November. (Sopos.)

In der heutigen nichtöffentlichen Sitzung begnügte sich Hughes mit allgemeinen Darlegungen über die Notwendigkeit, jeden Grund zu einem Konflikt, der besonders im fernen Osten besteht, zu beseitigen, nachdem man es unternommen habe, eine Flottenrüstungspause eintreten zu lassen. Er empfahl die Wiederaufrichtung Chinas mit seiner alten Zivilisation und seiner Arbeitskraft. Dann rühmte er Japan und seine erstaunlichen Fortschritte und wies auf die Notwendigkeit hin, im fernen Osten den Grundsatz der offenen Tür aufzustellen. Er erkannte jedoch an, daß Japan sich an der Schwelle Chinas befinde, und schien andeuten zu wollen, daß er geneigt sei, Japan eine Art Sonderstellung einzuräumen, ungefähr wie die, welche in den im Abkommen Lansing-Ishii festgelegten Rechten enthalten ist. Amerika hat außer diesen Allgemeinheiten kein Programm aufgestellt.

Chinas weitere Bedingungen.

Der Kampf um die Unabhängigkeit.

Paris, 17. November. (W. T. B.)

Der Sonderberichterstatter von Havas meldet aus Washington im Anschluß an die bereits veröffentlichten Bedingungen die weiteren Bedingungen, die der Vertreter Chinas gestern in der Kommission gestellt hat.

1. Es sollen die Mächte unter sich keinerlei Vertrag oder Abkommen über China und den allgemeinen Frieden auf seinem Gebiet abschließen, ohne sie vorher China zur Kenntnis zu bringen und ihm die Möglichkeit zu geben, sich daran zu beteiligen.

2. Alle Rechte, Privilegien und Sonderverpflichtungen betreffs Chinas sollen bekanntgegeben und geprüft werden, um ihre Gültigkeit zu bestimmen und sie untereinander und mit den Grundsätzen der Washingtoner Konferenz in Einklang zu bringen.

3. Die gegenwärtigen Einschränkungen der politischen, gerichtlichen und administrativen Handlungsfreiheit Chinas sollen sofort oder so rasch wie möglich beseitigt werden.

4. Für die zur Zeit auf unbestimmte Dauer laufenden Verpflichtungen Chinas soll eine bestimmte, angemessene Dauer festgesetzt werden. Der Wortlaut der Abmachungen über Sonderrechte und Privilegien soll nach den Grundsätzen des gemeinen Rechts ausgelegt werden.

5. **Die Rechte Chinas als neutraler Staat sollen in künftigen Kriegen, an denen China nicht teilnehmen würde, in vollem Umfange geachtet werden.**

6. Der internationale Streit im Stillen Ozean und im äußersten Osten soll durch feste Bestimmungen friedlich geregelt werden.

7. Es sollen Vorbereitungen zu einer Erörterung der internationalen Fragen hinsichtlich des Stillen Ozeans und des äußersten Ostens getroffen werden, die als Grundlage für die nähere Bestimmung der gemeinsamen Politik der Signatarmächte dienen kann.

Ueber das chinesische Memorandum haben die Delegationen getrennt beraten. Die Kommission wird die Erörterung am Donnerstag vormittag wieder aufnehmen und ihre Tagesordnung festsetzen.

Paris, 17. November. (W. T. B.)

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington sind die französischen und die italienischen Sachverständigen zu der Auffassung gelangt, daß ihre Seemacht eher verstärkt als herabgesetzt werden müsse. Der italienische Standpunkt sei, Italien müsse eine Kriegsmarine haben, die derjenigen Frankreichs gleichkomme, schlimmstenfalls sich aber zu ihr verhalte wie acht zu zehn.

Ein Gutachten der Reparationskommission.

Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Wie die Korrespondenz Simon erfährt, ist die Reparationskommission damit beschäftigt, zusammen mit der Garantiekommission ein Gutachten über die Lage Deutschlands auszuarbeiten, das sich, wie bei der Zusammensetzung der Kommission und ihrem überwiegenden französischen Einschlag nicht anders zu erwarten war, in der Richtung bewegen wird, daß Deutschlands Leistungsfähigkeit die weitere Erfüllung der Londoner Verpflichtungen durchaus ermögliche. Auf Grund des Gutachtens wird dann die französische Regierung der deutschen Regierung eine Note übermitteln, in der besonders auch zum Ausdruck gebracht werden soll, daß der Verlust Oberschlesiens Deutschland kein Recht auf verminderte Zahlungsfähigkeit gäbe, und daß somit die politische Diskussion nicht weiter von der oberschlesischen Frage beherrscht werden dürfe. Mit irgendeiner Erklärung selbst an Berlin heranzutreten, liegt nicht in der Absicht der Reparationskommission.

Eine beachtliche Aeußerung.

Finanzelend und Reparation.

Washington, 17. November. (Funkspruch.)

Der Aufsichtsrat der Federal Reserve Bank äußert sich in einer Mitteilung über die Entwertung der Mark und sagt, wenn auch die Reparationsbedingungen nicht ganz für die Inflationspolitik der deutschen Regierung die Schuld trügen, so seien sie doch einer der wichtigsten Faktoren der Lage.

Wie die Associated Preß mitteilt, wird von seiten maßgebender Bankiers bestritten, daß Bestrebungen im Gange seien, um wegen der Entwertung der Mark deutsche Effekten vom Börsenverkehr auszuschließen.

Die Meldungen von einer großen deutschen Anleihe werden für verfrüht erklärt.

Kriegsentschädigung und Steuerlast.

Die Erfassung der Goldwerte.

Der nachfolgende Artikel aus der Feder eines volkswirtschaftlichen Fachmannes ist bereits vor der letzten Phase der industriellen Kreditaktion geschrieben und läßt darum die Bedingungen der Industrie außer acht. Als grundsätzliche Abhandlung ist er aber auch heute noch von Wert.
Die Redaktion.

In einem Augenblick, in dem die Wogen der politischen und wirtschaftlichen Not über unserem Haupte zusammenzuschlagen drohen, und die Unerfüllbarkeit der Reparationsleistungen zu einer Erkenntnis geworden ist, der sich kein vernünftig Denkender — in welchem Parteilager er auch stehen möge — mehr entziehen kann, muß immer und immer wieder, besonders auch dem Auslande gegenüber, betont werden, daß diese Unerfüllbarkeit ganz besonderer Natur ist. Lebten wir in einem kommunistischen Gemeinwesen, in dem die Einkünfte der Staatswirtschaft gleich der Summe der Produktionsüberschüsse der gesamten Volkswirtschaft, abzüglich der zur Befriedigung des Lebensbedarfs der einzelnen und der zur Erhaltung und Erweiterung der Produktionsanlagen notwendigen Aufwendungen wären, so stehe sich die Frage, ob wir zu einer so ungeheuerlichen Werübertragung auf das Ausland, wie sie die Reparationsverpflichtungen darstellen, imstande sind, leicht beantworten durch die Gegenüberstellung jenes Nationaleinkommens und unserer Zahlungsverpflichtungen. So liegen die Verhältnisse jedoch heute nicht, vielmehr steht heute der „Staat", dem die Pflicht der Reparationszahlung obliegt, der Unzahl der einzelnen Privatwirtschaften fordernd, ja bettelnd gegenüber. Und darum ist es auch ein gänzlich müßiges Beginnen, die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Reparation zu bestimmen nach mehr oder minder fehlerhaften Berechnungen unseres Nationalvermögens oder unseres Nationaleinkommens. Es war unser Fehler, daß wir vor der Annahme des Ultimatums dem Auslande immer und immer wieder eine solche Rechnung unterbreiteten, um unsere Zahlungsunfähigkeit zu beweisen; denn unsere volkswirtschaftliche Bilanz war nicht beweiskräftig genug, um optimistischen Berechnungen wirkungsvoll entgegentreten zu können. So mußte der Eindruck gering bleiben. Zu Wahrheit liegt die Unmöglichkeit der Reparation auf physiologischem Gebiet und darin begründet, daß der Staat seine Reparationsleistungen nur vollziehen kann durch Besteuerung der einzelnen Wirtschaftssubjekte, daß aber, wie der dänische Nationalökonom Birck kürzlich in der Kopenhagener Zeitung „Politiken" schrieb, „kein Staatsmechanismus jahrelang imstande ist, der Bevölkerung ihre Einnahmen förmlich aus der Tasche zu ziehen." Mit dieser Feststellung soll nun jedoch keineswegs der erbarmungswürdige Zustand entschuldigt werden, daß bis zum heutigen Augenblick, nachdem seit der Unterzeichnung des Londoner Ultimatums (mit dem doch auch schon vorher zu rechnen war) nahezu ein halbes Jahr verstrichen ist, noch nicht das allergeringste getan ist, um der immer rasenden Tätigkeit der Notenpresse durch ein umfassendes Steuerprogramm entgegenzuwirken. Denn soviel ist gewiß: durch die Erkenntnis der Unerfüllbarkeit des Reparationsprogramms, selbst nicht durch die brutale Amputation der Hauptindustriegebiete Oberschlesiens, kann und darf unsere Politik ehrlich, wenn auch mit der Verbissenheit des Froners, die Erfüllung zu versuchen und erst dadurch im Verein mit den verheerenden weltwirtschaftlichen Folgen der Kriegsentschädigung auch bei unseren früheren Feinden die Einsicht in die Unmöglichkeit und Unzweckmäßigkeit der Reparation in der uns vorgeschriebenen Höhe zu erhoffen, nicht berührt werden. Jede andere Politik wäre eine Vogel-Strauß-Politik, die sich mit der Bedeutung einer leeren, ohnmächtigen

Schnelldienst

In der gestrigen Sitzung des Landtags wurde der Vertrauensantrag für Otto Braun mit 198 gegen 99 Stimmen angenommen. Es waren insgesamt 297 Stimmen abgegeben worden.

Der Vertreter der Sowjetrepublik in Berlin, Krestinski, überreichte dem Reichskanzler Dr. Wirth sein Beglaubigungsschreiben.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde der Volksparteiler Gaspary zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt. Die Wahl des übrigen Präsidiums war wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses unmöglich.

Im sächsischen Landtag wurde ein von den bürgerlichen Parteien eingebrachter Mißtrauensantrag abgelehnt.

Der Reichstag setzte gestern die Debatte über Zwangswirtschaft und Wucher fort.

Die Arbeitgebervereinigung für Düsseldorf und Umgebung hat die Entlassung der streikenden Metallarbeiter verfügt.

Die Erdbebenwarte des Taunus-Observatoriums verzeichnete Mittwoch abend 9¾ bis 11½ Uhr ein starkes Fernbeben, dessen Herd 4800 Kilometer entfernt, wahrscheinlich in Erythräa, liegt.